

Lotterie statt Leistung: Übergang an die weiterführenden Schulen in Kassel offenbart auch 2026 wieder strukturelles Versagen

139 Kinder erhalten weder ihren Erst- noch ihren Zweitwunsch bei der Wahl der weiterführenden Schule. Der Deutsche Lehrerverband Hessen (dlh) fordert einen Runden Tisch auf städtischer Ebene und ein grundlegend reformiertes Übergangsverfahren auf Landesebene.

„Wenn es nicht so traurig wäre, wäre es eine Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral“, kommentiert Boris Krüger, Kreisvorsitzender des dlh Kassel, die Zahlen zum diesjährigen Übergang auf die weiterführenden Schulen der Stadt Kassel. 139 Schülerinnen und Schüler (SuS) bekommen weder ihren Erst- noch ihren Zweitwunsch erfüllt: Das sind zwar ein knappes Drittel weniger als im Vorjahr (202 SuS) und nur 5,37 Prozent aller Kinder an kapazitätsbegrenzten Schulen, aber immer noch mehr als 2024 (139 SuS) und vor allem viel zu viele. Denn hinter jeder dieser Zahlen stehen traurige Kinder und verzweifelte Familien. Das ist aus Sicht des dlh kein Anlass zur Entwarnung, sondern ein Beleg dafür, dass das System weiterhin versagt.

Erkaufte Zahlen und ihre Konsequenzen

Um den Ansturm auf beliebte Schulen überhaupt bewältigen zu können, hat die Stadt aus Sicht des dlh zu zwei problematischen Instrumenten gegriffen. Erstens wurden an fünf Schulen, darunter zwei Gymnasien, Mehrklassen gebildet. Am Friedrichsgymnasium wurden sogar zwei Züge mehr eingerichtet als im Schulentwicklungsplan vorgesehen. Schulen, die ohnehin schon an ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten, werden damit noch voller. Die Raumnot mit ihren bekannten negativen Auswirkungen auf das Schulklima wird so nicht gelöst, sondern zementiert oder sogar verschärft.

Zweitens entscheidet an überangewählten Schulen abgesehen von Geschwisterkindern das Los über die Aufnahme. Das Glück ersetzt die Leistung. Die Bestenauslese, die im Berufsleben und im weiteren Bildungsweg eine so zentrale Rolle spielt, zählt hier nicht. „Aber Bildung darf kein Glücksfall sein“, so Boris Krüger, „Wenn gute Schüler bei der Schulplatzverlosung leer ausgehen, hat sich ihre Leistung für diese Kinder nicht gelohnt. Das sendet ein fatales Signal. Zugleich würden Kinder überfordert, die objektiv nicht fürs Gymnasium geeignet sind, aber durch elterlichen Wunsch in diese Schulform gezwungen werden.“

Jahrzehntelanger Schlaf rächt sich

Die Ursache dieser Misere liegt tiefer. Die Stadt Kassel hat jahrelang bei der Sanierung und dem Ausbau ihrer Schulen versäumt, was notwendig gewesen wäre. Eine aktuelle Studie belegt das schonungslos: Kassel belegt den letzten Platz unter allen 26 hessischen Schulträgern bei den Bauinvestitionen und Unterhaltungskosten von Schulbauten. Nun gibt es zwar eine Schulbau-Offensive, doch die Mittel werden vor

allem auf wenige Prestige-Projekte konzentriert. Allein für die Neubauten der Offenen Schule Waldau und der IGS Nord Plus ist eine Viertelmilliarde Euro vorgesehen. Der dlh erkennt die pädagogischen Konzepte dieser Schulen ausdrücklich an. Doch mit demselben Geld hätten deutlich mehr „normale“ Schulen mit Sanierungsstau und Raumnot ertüchtigt werden können.

Ob die Neubauten tatsächlich zusätzliche Plätze schaffen, ist zudem offen: Der Ortsbeirat Waldau hat sich gegen einen zusätzlichen 7. Zug pro Jahrgang an der Offenen Schule Waldau ausgesprochen, und ob die IGS Nord Plus in der Nordstadt von den Eltern tatsächlich wie gewünscht angenommen wird, bleibt abzuwarten. Zudem wird sie erst 2029 fertig gestellt werden. Gleichzeitig wachsen die Schülerzahlen rasant: Bis 2028 werden in Kassel über 650 Schülerinnen und Schüler mehr als im laufenden Schuljahr an den weiterführenden Schuljahr erwartet. Die Neubauten kommen somit zu spät.

Der dlh erhebt daher zwei konkrete Forderungen:

1. Stadt Kassel: Runder Tisch jetzt. Die Stadt muss unverzüglich einen Runden Tisch einberufen, an dem Elternvertreter, Schulleitungen und Lehrkräftegewerkschaften gemeinsam und auf Augenhöhe Lösungen für die Raumknappheit, die Schulentwicklungsplanung und die Übergangsgestaltung erarbeiten. Schule geht alle an – deshalb müssen alle an einen Tisch.

2. Land Hessen: Es muss endlich Schluss sein mit dem reinen Elternwillen beim Übergang. Hessen braucht ein neues, faires Übergangsverfahren auf die weiterführende Schule. Nicht allein der Elternwille darf zählen, sondern – wie etwa in Baden-Württemberg – dieser in Verbindung mit der Grundschulempfehlung und einem landesweit einheitlichen Potenzialtest. Immer mehr Bundesländer ziehen diese Konsequenz; zuletzt hat Berlin, das nicht gerade für eine konservative Bildungspolitik bekannt ist sich weg vom reinen Elternwillen orientiert. Aktuell verfahren bereits sechs von 16 Bundesländern entsprechend. Es ist Zeit, dass Hessen ihnen folgt.

Kassel, den 11.06.2026

Boris Krüger, Kontakt: 0151 42341192